

Nr. **XIX. GP-NR**  
1951  
1995 -09- 2 6

U

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Haigermoser,  
und Kollegen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend ein Gutachten der Finanzprokurator zur Frage des Einflusses der Kündigung der Arbeitnehmer auf die insolvenzrechtliche Qualifikation ihrer Forderungen im Zusammenhang mit dem Insolvenzausfallgeld-Fonds (LAGF)

Nach den beiden Pleitenrekordjahren 1993 und 1994 war der LAGF zum Jahresultimo 1994 bereits mit 5,4 Mrd. Schilling verschuldet. Zum Beispiel kostete allein der Ausgleich der PWA-Hallein den Fonds 550 Mill. Schilling, also satte 262.000,- Schilling pro Arbeitsplatz. Die Atomik-Insolvenz bedeutete weitere 70 Mill. Schilling minus. Den Vorteil hatten in beiden Fällen die Käufer der zahlungsunfähigen Unternehmen. Bezahlt soll die Rechnung von den österreichischen Wirtschaftstreibenden werden, die ab Jahresbeginn 1995 statt bisher 0,1 Prozent, nun 0,5 Prozent der Lohnsumme an den LAGF zu entrichten haben.

Nicht nur, daß im heurigen Insolvenzrekordjahr mit Passiva von rund 50 Mrd. Schilling gerechnet wird, muß der Fonds heuer auch wieder die Kreditzinsen, die in den vergangenen beiden Jahren vom Bund übernommen wurden, selbst bedienen, was 403,7 Mill. Schilling ausmacht. Die Folge ist, daß der Schuldenberg des LAGF bis zum Jahresende auf knapp sieben Mrd. Schilling anwachsen wird.

Medienberichten zufolge hat nun auch noch die Finanzprokurator eine gutachterliche Äußerung getroffen, durch die der bereits hoch verschuldete LAGF in Zukunft noch stärker belastet wird, als dies bisher der Fall war.

Mußten nämlich bisher vom Fonds gewährte Kredite von Erwerbern insolventer Unternehmen oder Unternehmensteile voll befriedigt werden, so sollen diese nach der neuen Interpretation der Finanzprokurator nur mehr in der Höhe der jeweiligen Quote zurückbezahlt werden müssen. Diese Auffassung soll von Ihrem Ministerium geteilt werden.

Allein im Fall der Konsuminsolvenz würde also im Einvernehmen von Finanzprokurator und Sozialministerium der LAGF mit weiteren Verlusten in Millionenhöhe belastet. Es drängt sich der Verdacht auf, daß auf diese Weise die aus allen Fugen geratene Summe der Konsumverbindlichkeiten wenigsten etwas gemildert werden soll.

Abgetragen soll dieser Schuldenberg des LAGF aber früher oder später von den österreichischen Unternehmen - vor allem aber den Klein- und Mittelbetrieben werden, wobei mit Spannung abgewartet wird, ob der interministeriellen Arbeitsgruppe, außer Beitragserhöhungen, noch andere Reformvorschläge zur Sanierung des seit seiner Gründung im Jahre 1977 an Geldmangel leidenden Fonds einfallen. Die Ankündigung des ehemaligen Sozialministers, Josef Hesoun, "1997 sollte der Fonds wieder schuldenfrei sein", wird bestenfalls ein unerfüllter Wunsch bleiben.

Durch diese Entscheidung, zum Beispiel Filialen oder Firmen des roten Riesen Konsum, auf Kosten des von Unternehmerabgaben gespeisten LAGF, für Interessenten bei der Übernahme billiger zu machen, wird die "Umverteilung" von den kleinen, privaten Betrieben zu den großen, oft zumindest unter staatlichem Einfluß stehenden Unternehmen noch weiter

vorangetrieben. Darüberhinaus bedeutet jede Erhöhung der IAGF-Beiträge eine weitere Steigerung der ohnehin schon enormen Lohnnebenkosten.

Da diese Entwicklung nach der Ansicht der unterfertigten Abgeordneten kaum wünschenswert sein kann, stellen diese an den Bundesminister für Arbeit und Soziales die folgende

### ANFRAGE

1. Was genau besagt das oben genannte Gutachten der Finanzprokurator und wie ist es dazu gekommen?
2. Ist es möglich, daß diese Stellungnahme in unmittelbarem und kausalem Zusammenhang mit der Insolvenz des Konsum steht?
3. Inwiefern ist dieses für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales verbindlich?
4. In welchem Ausmaß wird durch dieses Gutachten der IAGF zusätzlich finanziell belastet?
5. Wird sich Ihrer Meinung nach das oben angeführte Gutachten der Finanzprokurator durch eine neuerliche Erhöhung der IAGF-Beiträge und damit der Lohnnebenkosten auswirken?
6. Falls ja, halten Sie dies, angesichts der enormen Höhe dieser Kosten von rund 100 Prozent, für wünschenswert im Sinne der österreichischen Wirtschaft?
7. Falls nein, welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um den IAGF auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen?
8. Wann wird diese Ihrer Meinung nach gegeben sein?